

## Die hausgemachten Versäumnisse bei der Energieversorgung im Süden Deutschlands

Stand: 04.08.2022 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Hannelore Crolly, Nikolaus Doll**



CDU-Chef Friedrich Merz (l.) und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Atomkraftwerk Isar 2

Quelle: dpa

Gemeinsam mit CDU-Chef Merz wirbt Bayerns Regierungschef Söder (CSU) am Standort für den Weiterbetrieb des Atomkraftwerks Isar 2. Doch sein Bundesland wie auch Baden-Württemberg haben die Energie-Probleme, die sie nun treffen, zum Teil selbst verursacht. Vor allem eines rächt sich.

**D**eutsche Spitzenpolitiker posieren in diesen Tagen auffällig gern vor großem Gerät aus der Energiewirtschaft. Kanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch [vor einer Sechsmeter-Turbine](/wirtschaft/plus240271165/Turbinen-Theater-um-Nord-Stream-1-Olaf-Scholz-Gegen-Propaganda-in-Muelheim.html) (</wirtschaft/plus240271165/Turbinen-Theater-um-Nord-Stream-1-Olaf-Scholz-Gegen-Propaganda-in-Muelheim.html>) für die Gaspipeline Nord Stream 1 in Mülheim an der Ruhr. Die Botschaft: Alles gut, das Gerät könnte sofort laufen. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gemeinsam mit CDU-Chef Friedrich Merz am Donnerstag [vor dem sanft dampfenden Atomkraftwerk Isar 2](/politik/deutschland/article240285367/Energiekrise-Soeder-und-Merz-besuchen-AKW-im-Streit-um-laengere-Laufzeiten.html) (</politik/deutschland/article240285367/Energiekrise-Soeder-und-Merz-besuchen-AKW-im-Streit-um-laengere-Laufzeiten.html>) nahe Landshut. Die Botschaft dort: Alles gut, der Meiler könnte prima weiterlaufen.

Söder und Merz nutzten den Auftritt, um ihre aktuelle Dauerforderung zu wiederholen: nämlich die letzten drei Kernkraftwerke über den geplanten Atomausstieg zum Jahresende am Netz zu lassen. Vor allem Isar 2, weil gerade die Bayern den Super-Energie-Engpass fürchten. Die Union will das. Die FDP auch. Bei den Grünen gibt es immer mehr Stimmen, die angesichts befürchteter Engpässe einlenken. Und nun sagt sogar der Kanzler, ein Weiterbetrieb der Meiler könnte unter bestimmten Umständen „Sinn machen“ (<https://welt.de/240272311>).

Aber die Diskussion über die Laufzeitverlängerung ist bei den Grünen längst nicht abgeschlossen. Und unter den Sozialdemokraten gibt es dazu ausnahmsweise mal eine andere Sichtweise als die des Kanzlers. „Die SPD ist weiter mehrheitlich gegen Laufzeitverlängerungen oder einen Streckbetrieb von Kernkraftwerken. Das wäre der Ausstieg vom Atomausstieg“, erklärte Fraktionsvize Detlef Müller gegenüber WELT. „Wer sagt denn, dass die Atomkraftbefürworter im nächsten Jahr nicht neue Gründe für einen Weiterbetrieb finden?“

Sätze wie diese steigern die Nervosität im Süden, vor allem in Bayern. Gerade der Freistaat sei „besonders anfällig für Probleme bei der Energieversorgung“, hat Scholz jüngst erklärt, und damit liegt der Kanzler, Parteipolitik hin oder her, richtig. Bayern wie auch Baden-Württemberg sind das aus einer ganzen Reihe von – zum Teil selbst verschuldeten – Gründen.

## **Die eigenen Versäumnisse erwähnt Söder nicht**

Zum einen ist der industriestarke und damit gashungrige Süden mehr auf russische Gaslieferungen angewiesen als der Norden, entsprechend droht dort bei ausbleibenden Lieferungen auch deutlich früher ein Mangel. Und dann ist da der geografische Nachteil: Flüssiggas-Tanker landen naturgemäß an der Küste, also im Norden.

Auch die großen Pipelines aus Norwegen, den Niederlanden und die meisten aus Russland enden dort. Wird im Norden viel Gas entnommen, kommt im Süden weniger an. Und noch dazu hat Österreich angekündigt, den für Süddeutschland wichtigen Gasspeicher in Haidach bei Salzburg, den zweitgrößten Mitteleuropas, erstmals ebenfalls anzapfen zu wollen. Dabei ist auch der nur ansatzweise gefüllt.

Söder mahnt daher beim Bund lautstark „endlich mutige Entscheidungen“ an, um die Energieversorgung sicherzustellen. Von eigenen, jahrelangen Versäumnissen ist nicht die Rede. Dabei macht mittlerweile sogar der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft die CSU offen für die drohende Notlage im Freistaat verantwortlich. „Die Bayerische Staatsregierung ist in den letzten beiden Jahrzehnten in Sachen Energieversorgung immer den leichtesten Weg gegangen“, sagte Hauptgeschäftsführer Detlef Fischer dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (<https://www.rnd.de/politik/bayern-droht-blackout-im-winter-wie-konnte-es-so-weit-kommen-75YY6AX72BFTHLJ4GSNJMALGTM.html>): „Kernkraftwerke abgeschaltet, Stromtrassen als Monsterbauwerke bezeichnet, Pumpspeicherkraftwerke verhindert und den Windkraftausbau verzögert“, all das trage nun zur Krise bei.

Vor allem der schleppende Ausbau erneuerbarer Energien (EE) im Süden rächt sich nun. Zwar rühmt sich Bayerns Ministerpräsident gern damit, sein Land stehe beim Ausbau der Erneuerbaren bundesweit an der Spitze. Nominal ist das auch richtig: Auf mehr als 19.000 Megawatt summiert sich die Leistung, die installierte EE-Anlagen in Bayern bringen. Das ist die höchste Zahl bundesweit. Doch beim Pro-Kopf-Anteil sieht die Rechnung anders aus.

So speist beispielsweise Niedersachsen mit 18.700 Megawatt fast genauso viel erneuerbare Energie in die Netze ein, hat aber nur acht Millionen Einwohner, Bayern dagegen 13 Millionen. Ein Flächenvergleich beschert ebenfalls ein anderes Bild. Das Saarland liefert zwar nur gut 1000 Megawatt aus Wind- und Sonnenenergie. Bayern ist 28 Mal so groß wie das kleinste Flächenland der Republik, produziert aber nur 19 Mal so viel erneuerbare Energie.

## **Erst nach Druck von Habeck lenkte Bayern ein**

Darüber hinaus stammt in Bayern der Löwenanteil aus Solarenergie, und deren Ausbau ist mangels noch nicht bestückter Dächer und anderer geeigneter Flächen begrenzt. Die Windkraft wurde unter dem früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) massiv gebremst. Seit 2014 gilt die 10-H-Regel: Der Abstand zum nächsten Dorf muss einem Zehnfachen der Windradhöhe entsprechen, außer, die Gemeinde genehmigt den Bau. In der Folge brachen von jenem Jahr an die Anträge ein.

Erst im April 2022, nach heftigem Druck von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), gab es eine kleine Korrektur. Nun gibt es Ausnahmen bei der Abstandsregel, unter

anderem an Autobahnen, Truppenübungsplätzen und Gewerbegebieten. Dort gilt inzwischen ein Abstandsgebot von 1000 Metern.

Im ersten Halbjahr sind in Bayern lediglich drei Windkraftanlagen hinzugekommen, im grün-schwarz-geführten Baden-Württemberg sieht es ebenfalls mau aus. Der Südwesten hat nach Sachsen und dem Saarland die geringste Leistung installierter Windkraftanlagen aufzuweisen. Im vergangenen Jahr waren dort gerade mal 28 neue Windanlagen ans Netz gegangen.

Auch dass es Probleme gibt, die Windenergie aus dem Norden in den Süden zu transportieren, hat sich vor allem Bayern selbst zuzuschreiben. Denn 2015 wurde auf eine Anregung von Seehofer das Landesrecht genutzt, um Stromtrassenpläne des Bundes zu vereiteln. „Ökologisch sensible“ Gebiete wie etwa Gebirgsrücken wurden für Trassen gesperrt – „eine gute Idee“, wie der damalige Heimatminister Söder seinerzeit fand.

Doch nun hat er ein Problem, weil sich in der Folge der Ausbau der Stromtrassen massiv verzögerte. Eigentlich sollten die Leitungen für Windstrom von den Küsten in den Süden fertig sein, wenn die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Statt 2022 gehen die Betreiber nun von einer Fertigstellung 2027 oder 2028 aus – bis dahin steht Bayern ziemlich blank da.

**„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.**

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240301823>